

1. Mai 2006

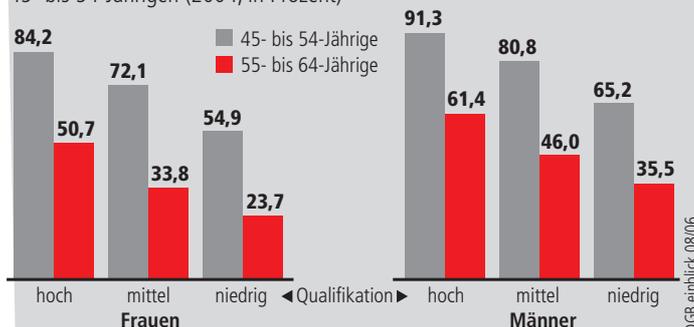
## Deine Würde ist unser Maß

„2005 haben die Menschen eine sozial gerechte Reformpolitik gewählt. Die Politik muss aufpassen, sie jetzt nicht zu enttäuschen.“ Das ist für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer die zentrale Botschaft am 1. Mai. Vier Themen wollen die Gewerkschaften auf ihren Kundgebungen in den Vordergrund stellen: 1. Die Forderung nach einer Gesundheitsreform, die alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben lässt und gleichzeitig die Kosten des Gesundheitssystems gerecht verteilt. 2. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der jedem ein Erwerbseinkommen ermöglicht, mit dem er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann. 3. Einen Verzicht der großen Koalition auf die bereits angekündigte Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, weil die Rente mit 67 für die meisten Menschen nichts anderes als eine verkappte Rentenkürzung ist. 4. Keine weiteren Einschränkungen des Kündigungsschutzes, weil neue Jobs auf diesem Weg nicht zu schaffen sind.

Vor allem beim Kündigungsschutz und bei der Rente mit 67 haben es die Gewerkschaften bislang

### Niedrig Qualifizierte fallen raus

Beschäftigungsquoten von 55- bis 64-Jährigen im Vergleich zu den 45- bis 54-Jährigen (2004, in Prozent)



**Die Gewerkschaften wehren sich massiv gegen die geplante Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre: Vor allem für gering Qualifizierte, die ab 55 Jahren kaum noch Chancen haben, einen Job zu finden, würde die Anhebung der Rentengrenze zu einem dramatischen Anstieg der Altersarmut führen.**

schwer, sich bei der großen Koalition Gehör zu verschaffen, auch wenn die Fakten für sie sprechen: Zwar ist in Deutschland in den vergangenen acht Jahren das durchschnittliche Renteneintrittsalter um zwölf Monate gestiegen (auf 63,1 Jahre) – auch auf Grund der Einführung von Abschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt –, aber nach wie vor gibt es kaum Jobs für Ältere. Nur 41 Prozent der 55- bis 64-Jährigen haben in Deutschland Arbeit, bei Frauen mit geringer Qualifikation

gilt das sogar nur für 24 Prozent. Allein um das EU-Ziel zu erreichen, die Beschäftigungsquote der ab 55-Jährigen bis 2010 auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen, müssten nach Berechnungen des Instituts Arbeit und Technik (IAT) in den kommenden vier Jahren in Deutschland 800 000 Ältere mehr beschäftigt werden als heute. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer drängt die Bundesregierung deshalb seit langem, statt willkürlich die Rentengrenze heraufzusetzen, die Beschäftigungschancen Älterer zu verbessern.

Auch beim Kündigungsschutz, den vor allem die Union einschränken will, hat die Koalition wenig Fakten auf ihrer Seite. Den Beweis, dass Eingriffe beim Kündigungsschutz neue Arbeitsplätze schaffen, ist sie bislang schuldig geblieben. Auch in der Bevölkerung gibt es massive Vorbehalte. In Frankreich ist die konservative Regierung wegen vergleichbarer Pläne schwer ins Trudeln geraten (Seite 2). •

## plusminusBERLIN



**Winfried Hermann, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen, fordert, dass die Bundesregierung Treibhausgasemissionen, die durch Dienstflüge verursacht werden, durch die Förderung von Klimaschutzprojekten ausgleicht. Ähnliche Regelungen gibt es bereits in Großbritannien.**



**Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) hat eine EU-Richtlinie zum Verbot von Tabakwerbung in Print- und Online-Medien noch nicht umgesetzt. Die EU-Kommission erwägt jetzt eine Klage: In allen anderen EU-Ländern ist das Verbot längst geltendes Recht.**

## inhalt

Seite 3

**Kopfpauschale durch die Hintertür**

**Unterhändler der großen Koalition reden gerne vom „dritten Weg“. Der von ihnen angepeilte Komplett-Umbau des Gesundheitswesens zeigt massive Mängel**

Seite 5

**Preis der Arbeit**

**Ab sofort können die einblick-LeserInnen Unternehmen nominieren, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden**

Seite 7

**Ein Quantensprung**

**Der neue Familienbericht der Bundesregierung empfiehlt einen radikalen Wandel der Familienpolitik**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

**[www.dgb.de/brennpunkte](http://www.dgb.de/brennpunkte)  
Das neue Internet-Angebot des DGB zu aktuellen Themen**

**Hintergrund**

**[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)  
Reife ist eine Frage des Förderms. Eckpunkte des DGB zur Ausbildungsreife**

## Fragen an ...



**Mitte April hat der französische Präsident Jacques Chirac auf Grund des massiven Widerstands von SchülerInnen, StudentInnen und Gewerkschaften das Gesetz zum Ersteinstellungsvertrag (CPE)**

**zurückgezogen. Es hätte ArbeitnehmerInnen unter 26 Jahren in den ersten beiden Beschäftigungsjahren jeglichen Kündigungsschutz verwehrt. einblick hat Adelheid Hege, 57, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut de recherches économiques et sociales (IRES) in Paris gefragt, was die Deutschen aus der Entwicklung in Frankreich lernen können.**

■ Die Abschaffung des Kündigungsschutzes für Jüngere ist in Frankreich durch massiven Widerstand verhindert worden. War das Gesetz geeignet, das Ziel der Regierung zu erreichen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken?

■ Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Frankreich sehr hoch: Sie betrifft 22 Prozent der unter 25-Jährigen. Aber die Abschaffung des Kündigungsschutzes geht am eigentlichen Problem vorbei:

einem stagnierenden Arbeitsmarkt, der bewirkt, dass unqualifizierte Jüngere arbeitslos und qualifizierte Jugendliche (weit) unterhalb ihres Niveaus und in prekäre Arbeitsverhältnisse eingestellt werden. Zudem haben wir ein Ausbildungssystem, das zu viele Jugendliche ohne Abschluss in die Berufswelt entlässt. Dass die französische Regierung statt der Einschränkung des Kündigungsschutzes jetzt die Förderprogramme für benachteiligte Jugendliche ausweiten will, ist ein Erfolg der Protestbewegung.

■ Die Gewerkschaften haben bei den Protesten eine wichtige Rolle gespielt. Wie hat sich ihr Gewicht gegenüber der Politik verändert?

■ Die breite Protestbewegung kam durch das Gesetz zum Ersteinstellungsvertrag (CPE) zustande, das willkürliche Entlassungen legitimiert. Den Gewerkschaften ist es gelungen, sich organisatorisch und politisch an die Spitze der Bewegung zu stellen. Ganz entscheidend für den Rückzug des CPE war die Geschlossenheit der Gewerkschaften – in Frankreich keine Selbstverständlichkeit – sowie die Aktionseinheit mit

den Studenten- und Schülerorganisationen. Die Gewerkschaften haben ihre Vertreterrolle glaubwürdig ausgefüllt.

■ Auch in Deutschland gibt es Pläne zur Einschränkung des Kündigungsschutzes. Was können die Gewerkschaften bei uns aus den Auseinandersetzungen in Frankreich lernen?

■ Der CPE nahm die Prekarisierung einer ganzen Generation als Voraussetzung für die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt in Kauf. Dies hat weit über die Kreise der Jugendlichen hinaus Empörung ausgelöst. So haben sich zum Beispiel viele Eltern an den Demonstrationen beteiligt. Welche Rolle die Gewerkschaften in Deutschland spielen, hängt davon ab, welche Schlussfolgerungen sie aus der Erfahrung ziehen, dass die anscheinend so individualistischen Jugendlichen sich engagieren und Opfer bringen, um ihre kollektiven Interessen zu verteidigen. Entscheidend sind die Fähigkeit und die Bereitschaft der Gewerkschaften, die nach sozialer und beruflicher Sicherheit strebende jüngere Generation zu integrieren.

**ISA CONSULT**  
Das gewerkschaftliche  
Beratungsunternehmen

**ISA CONSULT**  
Beratungsgesellschaft  
für Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH

Alleestraße 80  
44793 Bochum

Wallstraße 61-65  
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9  
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a  
20457 Hamburg

**Kontakt:**  
Alexander H. Lottis:  
alottis@isa-consult.de  
Fon: 0234-9132-103  
Fax: 0234-9132-102  
www.isa-consult.de

**ISA CONSULT**



Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH

## Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativenkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:

- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT  
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

### Kopfpauschale durch die Hintertür

Sie verkaufen es als „dritten Weg“: Politiker der großen Koalition haben ein Konzept für einen Komplett-Umbau des Gesundheitswesens ausgetüftelt – jedenfalls in Grundzügen. Das Modell hat jedoch massive Mängel: viel Kopfpauschale, wenig Bürgerversicherung.

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder plauderte es dem *stern* gegenüber kurz vor Ostern aus: Ja, es gebe da ein Modell, das die gesundheitspolitischen Vorstellungen beider Koalitionspartner in Einklang bringe. Zentraler Punkt: Versicherte und Arbeitgeber sollen den Krankenkassenbeitrag künftig in einen Gesundheitspool einzahlen. Auch Steuer-gelder sollen dort hinein fließen; mit ihnen will Kauder die kostenlose Mitversicherung von Kindern finanzieren. Der Pool würde als Inkasso-Stelle funktionieren und das Geld an die Krankenkassen verteilen.

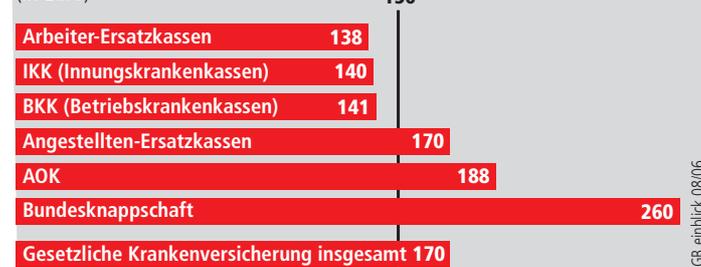
Wirklich neu ist der Vorschlag nicht: Schon im vergangenen Herbst legte der wissenschaftliche Beirat beim Finanzministerium ein ähnliches Modell vor. Die gesetzlich Versicherten würden danach weiterhin einen prozentualen Beitrag ihres Einkommens in den großen Pool einzahlen, die Kassen hingegen eine pauschale Kopfprämie aus dem Finanztopf erhalten – zwischen 150 und 170 Euro. Übersteigen die Ausgaben diese Pauschalsumme, muss die Kasse von ihren Versicherten einen zusätzlichen Obolus einfordern. Liegen die Ausgaben der Kasse darunter, kann sie ihren Versicherten Geld zurückzahlen. Das, so Kauders Vorstellung, werde den Wettbewerb der Kassen entfachen und damit für bessere Leistungen und geringere Preise sorgen. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) unterstützt Kauder. Sein Vorschlag zeige, dass sich die Vorzüge beider Modelle – Bürgerversicherung und Kopfpauschale – miteinander verbinden ließen.

Das sieht nicht jeder so. Denn Kauders Modell hat viele Tücken: Die SPD-Linke Andrea Nahles sprach von einer doppelten Kopf-

pauschale – eine große, die vom Pool an die Kassen fließt, und eine zusätzliche kleine, die viele Versicherte an ihre Kasse zahlen müssten. Denn klar ist: Die großen Versorgerkassen werden mit dem Pauschalbetrag aus dem Pool nicht auskommen. Sie müssten etwa 30

#### Was die Kasse tragen muss

Ausgaben pro Monat und Versichertem nach Kassenarten 2005 (in Euro)



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

**Für jeden Versicherten soll der Gesundheitspool einen Pauschalbetrag an die Kasse zahlen, so lautet der Vorschlag von CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder. Läge er bei 150 Euro, würde das bedeuten: Die großen Versorgerkassen müssten ihre Versicherten zusätzlich mit einer kleinen Kopfpauschale zur Kasse bitten. Andere, wie die Betriebskrankenkassen, könnten ihren Versicherten einen Bonus gewähren.**

bis 35 Euro zusätzlich von jedem einzelnen Versicherten eintreiben, hat der DGB in einer ersten Schätzung errechnet. „Die Arbeitnehmer zahlen die Zeche“, sagt Heinz Stapf-Finé, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Zudem liebäugelt Kauder damit, den Arbeitgeberanteil einzufrieren – auch wenn er sich da nicht festlegt. Die Gewerkschaften werten das als Alarmsignal. Sie befürchten, das Modell könne ein Einfallstor für neue Finanzierungsexperimente werden. Künftige Kostensteigerungen in der Gesundheitsversorgung würden dann ausschließlich von den ArbeitnehmerInnen getragen. Die Arbeitgeber säßen „nicht mehr im Boot“, kritisiert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Ein weiterer Kritik-

punkt: Der unmittelbare Kontakt zwischen Kasse und Versicherten ginge verloren. Statt Beiträge an ihre Kassen würden die Versicherten in einen anonymen Pool zahlen.

Die Gewerkschaften befürchten zudem, dass das Modell ein neues bürokratisches Monster gebiert. Schließlich ziehen die Krankenkassen bislang die Beiträge für Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung mit ein. Eine neue Behörde müsste für diese Aufgabe wohl her-

In der Koalition wird das Modell dennoch ernsthaft diskutiert. Entschieden ist allerdings noch nichts. Bis zum 1. Mai will die Arbeitsgruppe der Koalition konkrete Vorschläge erarbeiten. Auf Seiten der Sozialdemokraten wird der designierte Parteichef Kurt Beck die Verhandlungen auf Spitzenebene führen. Er hat Kauders Vorstoß brüsk zurückgewiesen, er halte ihn „eher für störend“. Eine Kopfpauschale durch die Hintertür sei für die SPD „kein Weg“.

Widerstand formiert sich. Zahlreiche SPD-PolitikerInnen und GewerkschafterInnen haben klargemacht: keine Kopfpauschale, in keiner Form und in keiner Höhe. Kein Einfrieren des Arbeitgeberanteils. Und schließlich: keine massive Mehrbelastung der Patienten. •

### Was zu tun ist

**Der DGB hält Kauders Pool-Vorschlag nicht für tragfähig. Statt einen faulen Kompromiss zu suchen, sollte die Regierung die drängenden Fragen im Gesundheitswesen beantworten, heißt es in einer Stellungnahme. Darin nennt der DGB vier wichtige Punkte:**

**1. Immer noch können sich die Gutverdienenden aus der solidarischen Finanzierung verabschieden und eine Privatkasse wählen. Die solidarische Finanzierung muss erweitert werden.**

**2. Beiträge zur Krankenversicherung dürfen nicht nur auf Löhne und Gehälter erhoben werden, sondern auch auf Zins- und Kapitaleinkünfte.**

**3. Die Kassen müssen viel zu viele gesamtgesellschaftliche Leistungen tragen. Insofern weist der Vorschlag, die Krankenversicherung von Kindern über Steuern zu finanzieren, in die richtige Richtung. Jedoch: Vorher muss die Versicherungspflichtgrenze abgeschafft werden. Und: Für private wie gesetzliche Kassen müssen gleiche Bedingungen herrschen, ein Solidarausgleich zwischen allen Kassen muss eingeführt werden.**

**4. Die gesetzlichen Kassen dürfen nicht weiter als Verschiebebahnhof dienen. Ihnen gehen Milliarden verloren, weil zum Beispiel die Beiträge für Arbeitslose gesenkt wurden.**

Arbeit und Leben

## Jubiläumsfeier

Seit fünfzig Jahren hat die gemeinsame Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen und Gewerkschaften einen Namen: Arbeit und Leben. Am 20. und 21. Juni feiert der Bundesarbeitskreis anlässlich seiner turnusmäßigen Mitgliederversammlung in Berlin das fünfzigste Jubiläum mit einer Festveranstaltung. Im Mittelpunkt steht dabei eine Podiumsdiskussion über die Zukunft der Politischen Bildung, an der auch IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner sowie Heinz Bude vom Hamburger Institut für Sozialforschung teilnehmen. Veranstaltungsort ist die Landesvertretung des Saarlandes, In den Ministertgärten 4. •

Anmeldung: [bildung@arbeitundleben.de](mailto:bildung@arbeitundleben.de)

Betriebsverfassungsgesetz

## Standardwerk neu aufgelegt

Unverzichtbar für Betriebsräte ist die praxisnahe Kommentierung des Betriebsverfassungsgesetzes durch die Juristen Wolfgang Däubler, Michael Kittner und Thomas Klebe. Das Standardwerk ist gerade rechtzeitig zu den laufenden Betriebsratswahlen in 10. überarbeiteter und aktualisierter Auflage im Bund-Verlag erschienen. Der 2323 Seiten starke Band enthält die Rechtsprechung und weiterführende Literatur bis einschließlich Januar 2006. Ergänzend wurde erstmals ein passendes Formularbuch zum Betriebsverfassungsrecht herausgegeben. Der Band ist in Inhalt und Aufbau auf den Kommentarband abgestimmt. Beide Bücher sind zum Preis von je 98 Euro (Kommentar bis zum 30.6. zum Subskriptionspreis von 89,90 Euro) erhältlich. Der Kommentarband kann zum selben Preis auch als CD-Rom bestellt werden. •

[www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

TIBAY

## Technik nutzen

Betriebs- und Personalräte müssen eine Menge über die Entwicklung von EDV-Systemen wissen, um ihre Arbeit kompetent zu erledigen. Die passenden Seminare zu diesem Themenbereich bietet TIBAY an, die Technologieberatungsstelle des DGB in Bayern. So

findet beispielsweise am 13. Juni eine Bildungsveranstaltung zur Betriebsdatenerfassung in Bamberg statt. Im Mittelpunkt stehen dabei elektronische Datenverarbeitungssysteme zur Zugangskontrolle und Zeiterfassung sowie die Rechte und Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretungen im Umgang damit. Wie die Betriebsratsarbeit selbst durch die Nutzung EDV-gestützter Hilfsmittel erleichtert werden kann,

wird ein Seminar am 3. und 4. Juli zeigen, das ebenfalls in Bamberg stattfindet. •

[www.tibay-m.de](http://www.tibay-m.de)

TBS-Projekt

## Kompetenz testen

Beschäftigte und Betriebe können ihre Kompetenzen beziehungsweise ihre betrieblichen Potenziale im Selbsttest unter die Lupe nehmen. Den „SelbstCheck“ sowie den „UnternehmensCheck Beschäftigungsfähigkeit“ hat die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB Nordrhein-Westfalen entwickelt. Eine kostenlos erhältliche Broschüre sowie eine CD helfen Interessierten, ihre beruflichen Kompetenzen und Potenziale zu erkunden. Der „UnternehmensCheck Beschäftigungsfähigkeit“ gibt Geschäftsleitungen, Interessenvertretungen und Beschäftigten ein Instrument an die Hand, betriebliche Entwicklungschancen unter die Lupe zu nehmen. Beide Testinstrumente können online bestellt werden. •

[www.tbs-nrw.de](http://www.tbs-nrw.de)

AiB online

## Neuer Service

Zusätzliche Informationen und handfeste Tipps erhalten die AbonnentInnen von „Arbeitsrecht im Betrieb“ (AiB) seit kurzem: Unter [www.aib-web.de](http://www.aib-web.de) können sie alle Fachbeiträge der monatlich erscheinenden Druckausgabe vorab als kompakte Zusammenfassung lesen. Außerdem werden online Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themen eingestellt. So finden die NutzerInnen beispielsweise ergänzend zu dem Artikel „Arbeitszeugnis“ Analysehilfen, Aufbau-



schemata und konkrete Beispiele für die betriebliche Praxis. Darüber hinaus enthält das Webangebot Checklisten und Musterschreiben, Gerichtsentscheidungen im Volltext, Interviews und Literaturtipps. Das AiB-Jahresabo kostet inklusive Beilage, Newsletter und Online-Zugriff 99,60 Euro. •

[www.aib-web.de](http://www.aib-web.de)

## interregio

••• Der **DGB Sachsen** hat angesichts der Elbeflut zu **Spenden** für die Flutopfer aufgerufen. Der Verein „Gewerkschaften helfen“ wird mit den Spendengeldern wie nach der Flut 2002 auch Hilfe im Nachbarland Tschechien leisten. Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen hat die Landesregierung außerdem aufgefordert, einen „dauerhaften Notfall-Fonds“ für Katastrophenfälle einzurichten. Spendenkonto von „Gewerkschaften helfen“:

SEB Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Konto 1 756 906 400, Stichwort „Elbe“

••• Die **DGB-Region Sachsen-Anhalt/Süd** ist Partner des **EU-Projekts** „Personal-Aktiv“. Auf der Eröffnungskonferenz am 4. Mai in Halle (Saale) diskutieren Arbeit-

geber, Arbeitnehmervertreter und ExpertInnen aus fünf europäischen Ländern Möglichkeiten zur Bewältigung des demografischen Wandels in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ziel ist es, Betriebe auf das „ungenügend genutzte Potenzial ihrer älteren Arbeitskräfte“ aufmerksam zu machen. An „Personal-Aktiv“ beteiligen sich neben dem DGB die IHK, die Handwerkskammer sowie die AOK. Partnerprojekte gibt es in Frankreich, Litauen, Ungarn und Polen. Infos: Anita Reinicke, Tel. 0345 / 68 26 913

••• Der **DGB Hamburg** lädt für den 6. Mai zur ersten **Veranstaltung** des neu gegründeten „Kulturvereins im Gewerkschaftshaus“ ein. Unter dem Motto „lizz – Literatur und Jazz“ gibt es neben musikali-

schen Beiträgen des Borreck-Kamps-Quartetts eine Lesung der Journalistin und Schriftstellerin Peggy Parnass. Beginn ist um 10.30 Uhr im Besenbinderhof 57a. Eintritt acht Euro, ermäßigt vier Euro.

••• Die **DGB-Region Östliches Ruhrgebiet** und das Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn veranstalten am 18. Mai die **Diskussionsveranstaltung** „Kon-turen eines neuen Gesellschaftsvertrags“ in Dortmund. Gemeinsam mit dem Sozialethiker Friedhelm Hengsbach suchen die TeilnehmerInnen nach künftigen Konzepten für „gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit“. Infos und Anmeldung: Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn, Tel. 0231 / 20 60 50

Preis der Arbeit

## Vorschläge erwünscht

Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung besonders gerecht werden, zeichnet das „Forum Zukunftsökonomie“ ab Herbst 2006 mit dem „Preis der Arbeit“ aus. Dabei ist auch die Meinung der einblick-LeserInnen gefragt.

forum  
zukunfts  
ökonomie

„Gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung“ oder neudeutsch „Corporate Social Responsibility“ (CSR) ist in aller Munde. Doch nicht jedes Unternehmen, das mit CSR wirbt, berücksichtigt tatsächlich sowohl soziale und ökolo-

gische als auch emanzipatorische und demokratische Kriterien in seiner Unternehmensführung. Dabei müssen sozialer Nutzen und unternehmerischer Erfolg kein Gegensatz sein. Beides lässt sich miteinander

### Die Kriterien

**Verantwortliche Unternehmenspolitik hat viele Facetten. Die Leserinnen und Leser bilden sich ein Urteil als Beschäftigte, KundInnen und BürgerInnen.**

Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung, bei international agierenden Konzernen sogar eine globale Verantwortung. Das „Forum Zukunftsökonomie“ will diese Verantwortung sichtbar machen. Durch den „Preis der Arbeit“ für solche Unternehmen und Betriebe, die dem in hervorragender Weise gerecht werden. Welche Kriterien legen wir an? Es gibt ausgefeilte, seitenlange Kriterienkataloge, erarbeitet von WissenschaftlerInnen und Verbraucherschutzorganisationen. Wir dagegen vertrauen auf Sie, auf unsere LeserInnen, auf Ihre Kompetenz am Arbeitsplatz, als VerbraucherInnen und BürgerInnen. Deshalb haben sich die beteiligten Medien nur auf allgemeine Kriterien zur Beurteilung verständigt:

**Umgang mit den Beschäftigten/ Unternehmenskultur.** Demokratische Teilhabe der Beschäftigten, Frauenerförderung, hohe Weiterbildungsmöglichkeiten und Sozialstandards, Arbeitsplatzsicherheit, Diskriminierungsfreiheit für alle Beschäftigtengruppen.

**Qualität des Produkts oder der Dienstleistung.** Hoher Gebrauchswert, Vermeidung gesundheitsschädlicher Stoffe, gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, ökologische Optimierung des Produkts und der Produktion.

**Qualität der Arbeitsbedingungen.** Einhaltung tarifvertraglicher Regelungen, Dispositionsspielräume für die Beschäftigten bei Arbeitszeit und Arbeitsprozess, keine Gesundheitsbelastung durch Schadstoffe und gesundheitlich belastende Arbeitsprozesse.

**Verantwortliches Handeln des Unternehmens in der Gesellschaft.** Soziale Verpflichtungen am Standort, keine Schadstoffemissionen, hohe Ausbildungsbereitschaft, keine Aus- oder Verlagerung zum Zweck des Lohn- bzw. Ökodumpings, Transparenz der Unternehmensentscheidungen für die Öffentlichkeit.

**Soziale und ökologische Verantwortung hinsichtlich der Zulieferkette.** Übernahme verpflichtender sozialer und ökologischer Standards bei den vor- und nachgelagerten Geschäftsbeziehungen entsprechend den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Diese Kriterien sollen Ihnen Anhaltspunkte dafür geben, welcher Betrieb nach Ihrer Ansicht würdig ist, den „Preis der Arbeit“ zu bekommen. Dabei ist uns klar, dass die LeserInnen der verschiedenen Medien jeweils ihre besonderen Prioritäten haben. Gerade diese Pluralität ist uns wichtig.

Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge an: **einblick-Redaktion, Stichwort: „Preis der Arbeit“, Wallstr. 60, 10179 Berlin, redaktion@einblick.info** oder: **Forum Zukunftsökonomie e.V., Grabbeallee 15, 13156 Berlin, info@preis-der-arbeit.de**

verknüpfen – wenn Betriebsräte und GewerkschafterInnen darauf drängen, GlobalisierungskritikerInnen, UmweltschützerInnen und VerbraucherInnen Druck machen. Davon sind die Initiatoren des 2005 gegründeten „Forums Zukunftsökonomie“ überzeugt und wollen das Thema CSR nicht den Marketingabteilungen der Unternehmen überlassen (einblick 20/05).

Zu den Initiatoren gehören die Berliner tageszeitung (taz), das BUNDmagazin des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, ver.di publik, die ver.di-Mitgliederzeitung, das Organ der Verbraucherinitiative Verbraucher konkret, die SPD-Mitgliederzeitung vorwärts und der einblick. Schon in der Auswahl der preiswürdigen Unternehmen unterscheidet sich der „Preis der Arbeit“ von anderen CSR-Preisen. Nicht eine Fachjury allein entscheidet, sondern auch die über drei Millionen LeserInnen der beteiligten Medien spielen eine wichtige Rolle. ●

### Das Procedere

→ **Erste Stufe:** Nominieren Sie Unternehmen und Betriebe, die Sie für preiswürdig halten. Nominierungsschluss: 16. Juni 2006.

→ **Zweite Stufe:** Die Redaktionen der beteiligten Medien treffen unter den Nominierten eine Vorauswahl von 20 Betrieben und Unternehmen, die in die engere Auswahl kommen.

→ **Dritte Stufe:** Eine von den beteiligten Medien benannte, fachkompetente Jury wählt aus den 20 nominierten Betrieben und Unternehmen die sieben preiswürdigsten aus.

→ **Vierte Stufe:** Diese Betriebe werden den LeserInnen vorgestellt. Durch eine LeserInnen-Abstimmung wird ermittelt, wer den Publikums-„Preis der Arbeit“ bekommt. Parallel dazu vergibt die Jury den Fach-„Preis der Arbeit“.

→ **Fünfte Stufe:** Der „Preis der Arbeit“ wird am 16. November 2006 in Berlin verliehen.

### Gutes Geschäft oder gute Gesellschaft?

**Diese Frage steht im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, zu der das „Forum Zukunftsökonomie“ am 27.4., 18.30 Uhr in die Berliner Vertretung des Landes Bremen (Hiroshimastraße 24) einlädt.**

→ **„Deutsche Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und stellen sich den ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft.“ So versprechen es die Arbeitgeberverbände BDA und BDI – und schränken im selben Atemzug ein: Freiwillig muss das Engagement bleiben, und wirtschaftlicher Erfolg ist Voraussetzung.**

**Gute Gesellschaft ja – aber nur wenn die Geschäfte gut laufen? Was bleibt übrig vom Konzept CSR in Zeiten von Arbeitslosigkeit und eines sich verschärfenden globalen Wettbewerbs?**

**Es diskutieren: Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des EGB; Jürgen Hogrefe, Generalbevollmächtigter der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (angefragt); Burkhard Remmers, Leiter Marketing, Presse und PR der Wilkhahn, Wilkening + Hahne GmbH & Co. KG; Bettina Schleicher, Präsidentin Business and Professional Women Germany e.V.; Ottmar Schreiner, SPD MdB, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen; Anne Graef, einblick, Forum Zukunftsökonomie.**

[www.preis-der-arbeit.de](http://www.preis-der-arbeit.de)

## kurz & bündig



**TRANSNET beteiligt sich am 5. Mai am Europäischen Aktionstag gegen Lohndumping im Nahverkehr. Hintergrund ist der Entwurf einer EU-Verordnung, nach der die meisten ÖPNV-Dienstleistungen ausgeschrieben werden müssen. TRANSNET fordert, dass dabei Sozialstandards verbindlich vorgeschrieben werden.**



**Nach sechs Monaten ist der längste Arbeitskampf in der Geschichte der NGG beendet: Die Beschäftigten des Flughafen-caterers Gate Gourmet in Düsseldorf haben eine zweistufige Entgelterhöhung um jeweils ein Prozent sowie Einmalzahlungen durchgesetzt. Das Unternehmen wollte die Personalkosten um zehn Prozent senken.**



**Die DGB-Bezirke West, Baden-Württemberg und Hessen-Thüringen haben eine länderübergreifende Initiative gegen Rechtsextremismus gestartet. Die Bezirksvorsitzenden fordern, dass die Länder stärker gegen rechte Aufmärsche vorgehen. Es sei Zeit für einen „Aufstand der Zuständigen“.**



**Der ver.di-Fernsehpreis geht in diesem Jahr an Holger Carsten Schmidt (Drehbuch zu „In Sachen Kaminski“, SWR) und Damir Lukačević (Regie bei „Heimkehr“, ZDF). Das Sorgerechts-Drama des SWR und das ZDF-Fernsehspiel über eine kroatische Gastarbeiterfamilie seien „geeignet, die politische Bildung zu vertiefen“, so die Jury.**

### Bundesagentur für Arbeit

## Kein Geld für Förderung

Die von der Bundesregierung geplante Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gefährdet die Arbeitsfördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA), so DGB-Vize Ursula Engelen-

Kefer. Ab 2007 will die große Koalition die Beiträge um zwei Prozentpunkte herabsetzen. Die eine Hälfte der Einnahmeausfälle soll durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgeglichen werden, die andere muss die Bundesagentur durch Sparmaßnahmen erbringen. Der DGB befürchtet, dass dieser Sparzwang zu Lasten aktiver Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen gehen werde,

die in den letzten Jahren ohnehin bereits massiv zurückgenommen worden seien. Selbst BA-Chef Frank-Jürgen Weise geht davon aus, dass seine Behörde „aus eigener Kraft“ nur 0,75 Prozentpunkte der Beitragssenkung ausgleichen kann. Ein volles Prozent sei nur möglich, wenn der Rechtsanspruch auf Überbrückungsgeld und Ich-AG-Förderung abgeschafft würde. ●

### Speditionsbranche

## Gemeinsam gegen Schwarzarbeit

Rund 350 Milliarden Euro werden in Deutschland jährlich mit Schwarzarbeit umgesetzt. Die „Schattenwirtschaft“ sorgt für Milliardenverluste in den öffentlichen Kassen und gefährdet sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. ver.di hat deshalb gemeinsam mit den Bundesministerien für Finanzen und für Verkehr sowie drei Arbeitgeberverbänden der Speditions- und Logistikbranche ein „Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung“ geschlossen. „Ein längst überfälliger Schritt“, meint

ver.di-Vize Rolf Büttner. Der ruinöse Wettbewerb der letzten Jahre habe in der Branche dazu geführt, dass Unternehmen, „die sich an Recht und Gesetz halten, Gefahr laufen, auf der Straße der Verlierer zu landen“.

Damit sich das ändert, wollen die Bündnispartner die Öffentlichkeit verstärkt über die schädlichen Folgen der Schwarzarbeit aufklären. Außerdem ist ein Arbeitskreis auf Bundesebene geplant, der Maßnahmen zur Durchsetzung bereits geltender Regelungen gegen illegale Beschäftigung entwickeln soll.

Die Speditionsbranche ist der zweite Bereich, in dem das Finanzministerium gemeinsam mit den Sozialpartnern seine Maßnahmen gegen Schwarzarbeit intensiviert: Bereits 2004 hatte sich die IG BAU an einem „Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit in der Bauwirtschaft“ beteiligt.

Und bei der NGG ist im Jahr der Fußball-WM die Bekämpfung illegaler Beschäftigung Teil der Kampagne „Wir arbeiten, damit die Welt feiern kann“. Die Gewerkschaft berät derzeit mit dem Finanzministerium über entsprechende Pilotprojekte im Hotel- und Gaststätten-gewerbe. ●

### Anträge für den DGB-Bundeskongress

## Neue Finanzarchitektur des Sozialstaates

Fünf Wochen vor Beginn des DGB-Bundeskongress vom 22. bis 26. Mai in Berlin hat der Versand der Anträge des DGB-Bundesvorstands an die Delegierten begonnen. Gebündelt werden die politischen Kernforderungen des DGB in zwei Leitträgen, die unter dem Titel „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ und „Für eine soziale Europäische Union“ stehen.

Im Leittrag Nr. 1, der die Anforderungen an Politik und Gesellschaft benennt, die jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglichen, bekennt sich der DGB zur Notwendigkeit einer neuen Finanzarchitektur des Sozialstaates. Dem Sozialstaat fehlten in zunehmendem Maße

die finanziellen Grundlagen, „um seine im Grundgesetz verankerten Schutz- und Gestaltungsverpflichtungen wahrnehmen zu können“. Die Lösung der Finanzkrise sei Voraussetzung dafür, „dass der Sozialstaat wieder an Legitimität dazu gewinnt“. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssten über das Steuersystem finanziert werden und nicht mehr über die Sozialversicherung. Zudem fordert der DGB-Bundesvorstand ausdrücklich eine gerechtere Finanzierung der Sozialversicherung. Hohe Einkommen, Erbschaften, Unternehmensgewinne, Vermögen und Spekulationsgewinne müssten „wesentlich höher besteuert“ werden.

Im europapolitischen Leittrag bekennt sich der DGB zum Ziel eines geeinten Europa, fordert aber eine nachhaltige Stärkung der sozialen Dimension. Die EU dürfe „nicht allein auf Marktintegration beruhen“. So lange die EU die Forderung nach besseren Arbeitsplätzen und sozialem Zusammenhalt nur als Wettbewerbshindernis sieht, könne sich Europa nicht zum weltweit dynamischsten, wissensbasiertem Wirtschaftsraum entwickeln.

In den Satzungsanträgen schlägt der Bundesvorstand eine veränderte Reihenfolge der DGB-Konferenzen vor. Die Regions- und Bezirkskonferenzen sollen in Zukunft nach dem Bundeskongress stattfinden. ●

## 7. Familienbericht der Bundesregierung

### Ein familienpolitischer Quantensprung

*Folgt man den Empfehlungen des 7. Familienberichtes der Bundesregierung, dann muss sich die Familienpolitik schleunigst radikal ändern. Aber auch die Gewerkschaften müssen Konsequenzen ziehen. Meint Christina Stockfisch, Leiterin des DGB-Projektes „Vorfahrt für Familien!“.*

Der 7. Familienbericht ist ein familienpolitischer Quantensprung. Er räumt mit überholten Rollenklischees wie dem Familienernährermodell auf. Er widerlegt auch das sich hierzulande hartnäckig haltende Bild von den so genannten „Rabenmüttern“, die selbstsüchtig der Karriere hinterher hechelnd ihre Kinder vernachlässigen. Vor allem aber zieht der Bericht **eine vernichtende Bilanz der Familienpolitik** der letzten Jahrzehnte. Die ExpertInnen sind sich einig: Die staatliche Familienförderung in Deutschland entspricht längst nicht mehr den realen Familien-, Geschlechter-, Generationen- und Arbeitsverhältnissen.

Etwa 150 Milliarden Euro geben Bund, Kommunen und Sozialversicherungen alljährlich für die Förderung von Familien aus. Dieses Geld hat nicht dafür gesorgt, dass junge Erwachsene **Kinder ebenso als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen** wie etwa in Frankreich, Schweden oder Dänemark. Auch bei der Bekämpfung der Kinderarmut schneidet Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ab. Seit den 70er Jahren habe man außerdem die Chance verpasst, so der Bericht, „eine beide Geschlechter stärkende Familienpolitik“ zu entwickeln.

Während familienpolitisch erfolgreichere Länder vor allem in Dienstleistungen für Familien investieren, fließt hierzulande der Löwenanteil des Geldes vor allem in direkte finanzielle Transferleistungen wie Kindergeld oder Ehegattensplitting. Letzteres fördert die Hausfrauenehe, weniger Familien. In keinem europäischen Land ist der steuer- und sozialpolitische „Hausfrauenbonus“ so hoch wie in Deutschland.

Umso weiter sind wir von einem bedarfsgerechten, qualitätsorientierten Kinderbetreuungsangebot entfernt – insbesondere für Kinder unter drei Jahren. In Westdeutschland hat sich der Versorgungsgrad von 1994 bis 2002 gerade mal um 1,5 Prozent verbessert. **Bei diesem Tempo dauert es noch über 300 Jahre**, bis wir die dänische Versorgungsquote von heute erreichen.

Verstärkt wird das Dilemma dadurch, dass beim Spagat zwischen den Anforderungen von Arbeits- und Familienwelt junge Frauen und Männer hierzu-

lande weitgehend auf sich allein gestellt sind. Viel zu klein ist das Zeitfenster, „die Rush-Hour im Leben“, in der sie alles auf einmal erledigen müssen: Partnerwahl, Abschluss der Ausbildung, Berufseinstieg und Kinderkriegen. Das führt entweder zum Verzicht auf Kinder oder zu einer erheblichen Doppelbelastung.

Die ExpertInnen empfehlen, die bisherige Fixierung staatlichen Handelns auf Geldleistungen durch **einen umfassenden Strategie-Mix zu ersetzen**. Dazu gehört der Ausbau der Kinderbetreuung ebenso wie eine neue Zeitpolitik, bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern sowie effektivere finanzielle Leistungen wie zum Beispiel ein Elterngeld als Lohnersatzleistung.

Aus all dem folgt der eindeutige Auftrag an die Politik, einen **radikalen Kurswechsel in der Familienpolitik zu vollziehen**. Doch zurzeit scheinen noch große Teile der Politik davon weit entfernt – das zeigen nicht zuletzt die unsäglichen Diskussionen um die „Papa-Monate“ beim geplanten Elterngeld.



**Dr. Christina Stockfisch, 35, leitet seit Januar 2005 das DGB-Projekt „Vorfahrt für Familien!“.**

Aber auch auf der betrieblichen Ebene gibt es Handlungsbedarf. Familienpolitik ist immer auch Gleichstellungspolitik. Frauen UND Männer brauchen eine Balance von Leben und Arbeiten. Doch noch zu wenige Betriebe engagieren sich für familiengerechte Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter. **Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander**. Gewerkschaften müssen sich noch stärker für eine familienbewusste Betriebs- und Tarifpolitik engagieren. Zwar gibt es eine ganze Reihe Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen mit wegweisenden Regelungen zu familienfreundlichen Arbeitszeiten oder zur Gleichstellung der Geschlechter. Trotzdem bleiben erhebliche Defizite. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände schöpfen die Möglichkeiten einer gleichstellungsorientierten Tarifpolitik bei weitem nicht aus.

Auch die Gewerkschaften müssen deshalb aus dem Familienbericht Konsequenzen ziehen. **Es reicht nicht aus, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen**. Eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik muss auch in den eigenen Reihen mehr thematisiert werden. Die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften hängt mit davon ab, ob es ihnen gelingt, sich diesen Herausforderungen zu stellen. ●

## Wegweisend

*Einen Politikwechsel in der Familienpolitik fordert der 7. Familienbericht der Bundesregierung. Ende April wird er dem Kabinett vorgelegt, erste Ergebnisse wurden bereits im August 2005 vorgestellt. Schwerpunkt der Analyse ist die Balance von Familie und Arbeitswelt im Lebensverlauf. Statt vor allem auf Geldleistungen für Eltern zu setzen, empfiehlt der Bericht einen politischen Strategie-Mix aus Infrastrukturmaßnahmen, familienorientierter Arbeitszeitpolitik und neu ausgerechneten finanziellen Leistungen für Familien.*

*Einen solchen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik hatte bereits die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) gefordert und ist sich darin mit ihrer Nachfolgerin Ursula von der Leyen (CDU) einig. Einige Empfehlungen des Berichts sind bereits in den Koalitionsvertrag eingeflossen – beim Elterngeld, dem Tagesbetreuungsausbaugesetz oder den lokalen Bündnissen für Familie.*

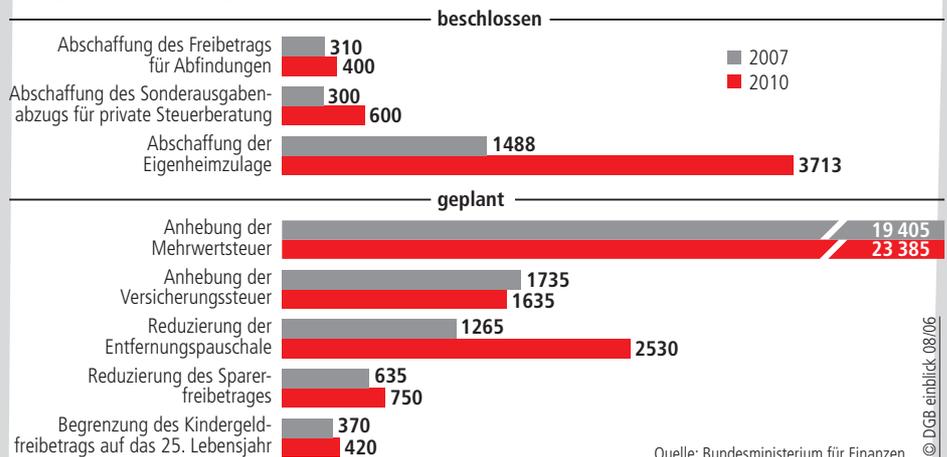
*Die Beteiligung an der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ist ein Schwerpunkt der DGB-Aktivitäten auf dem Politikfeld Beruf und Familie. Mittlerweile sind DGB und Gewerkschaften in über 60 lokalen Bündnissen vertreten.*

[www.familie.dgb.de](http://www.familie.dgb.de)

### STEUERPOLITIK: ArbeitnehmerInnen zahlen die Zeche

**ArbeitnehmerInnen und ihre Familien sind die Hauptleidtragenden der von der großen Koalition im vergangenen Jahr vereinbarten Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Darauf hat der DGB auf Grund der vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Zahlen hingewiesen. Auf die ArbeitnehmerInnen entfallen mehr als 30 der bereits beschlossenen bzw. geplanten 36 Milliarden Euro Mehrbelastung. Dem stehen nur geringfügige Entlastungen gegenüber, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung.**

Belastung der ArbeitnehmerInnen durch die von der großen Koalition bereits beschlossenen bzw. geplanten Änderungen bei den Steuern (in Millionen Euro)



### 14 TAGE

- 24.-30.4.** GEW, Aktionswoche der Globalen Bildungskampagne unter dem Motto „Lehrer für alle“
- 25.4.** ver.di, Kongress „Zukunft der Rente“, Berlin
- 27.4.** Girls' Day, Schnuppertag für Schülerinnen in die Praxis technischer und innovativer Berufe
- 27.4.** Forum Zukunftsökonomie, Podiumsdiskussion „Gutes Geschäft oder gute Gesellschaft? Unternehmensverantwortung in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung“, Berlin
- 28.4.** DGB-Bildungswerk, „Europäische Migrationsgespräche: Arbeitsmärkte in der Europäischen Union – offen und zugänglich für alle?“, Berlin

- 1.5.** DGB, zentrale 1.-Mai-Kundgebung, „Deine Würde ist unser Maß“, Wolfsburg
- 1.5.** Eröffnung der Ruhrfestspiele, Recklinghausen
- 2./3.5.** Hans-Böckler-Stiftung und Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Tagung „Minimum Wages in Europe“, Brüssel
- 3.5.** DGB Sachsen, Konferenz „Aufbau Ost“, Dresden
- 6.5.** DGB Hessen-Thüringen, wirtschafts- und sozialpolitische Tagung „Reformieren und investieren oder privatisieren und kaputtсанieren?“, Frankfurt/M.
- 8.-10.5.** GdP, Bundesjugendkonferenz „... wir bleiben am Ball“, Potsdam

### Tipp

**Buch: Werner G. Seifert mit Hans-Joachim Voth, Invasion der Heuschrecken. Intrigen – Machtkämpfe – Marktmanipulationen: Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren, Econ Verlag, Berlin 2006, 266 Seiten, 19,95 Euro**  
Investmentbanken und Hedge Fonds beschränken sich nicht auf ein Objekt ihrer Begierde, sondern „sind eine Bedrohung für viele Unternehmen und sogar Staaten, an deren üppigen Feldern sie sich so lange schadlos halten, bis nur noch ein paar abgenagte Halme übrig sind“. Werner G. Seifert ist kein Aktivist von Attac, sondern er war mehr als zwei Jahrzehnte Vorstandsvorsitzender der Deutschen Börse. Ein Insider der DAX-

Welt. Dann kamen die Heuschrecken: International agierende Hedge Fonds zwangen Seifert und den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Börse Rolf-E. Breuer zum Rücktritt. Die geplante Übernahme der Londoner Börse wurde abgeblasen, die Unternehmenskasse der Deutschen Börse durch Aktienrückkäufe ausgeplündert. „Help me if you can“ überschreibt Seifert in Anspielung auf einen Beatles-Song eines der Kapitel, in denen er detailliert über ein erfolgloses Meeting mit den Vertretern der angreifenden Hedge Fonds berichtet. Mit dabei war auf Seite der Fonds auch CDU-Wirtschaftsexperte Friedrich Merz, der heute im Aufsichtsrat der Deutschen Börse sitzt.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24 - 0, Fax 030/30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46 - 240, Fax 030/85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



### Schlusspunkt

**„Wir brauchen keinen dritten Weg in die Sackgasse“**

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske in einer Pressemitteilung vom 12. April zu den Vorschlägen des Fraktionsvorsitzenden der Union, Volker Kauder, zur Gesundheitsreform

**Altersteilzeit-Blockmodell****In der Freistellungsphase gleicher Lohn**

Das Entgelt, das in der Freistellungsphase der Altersteilzeit gezahlt werden muss, ist die Gegenleistung für die während der Arbeitsphase über die verringerte Arbeitszeit hinausgehende Arbeit. Das in der Arbeitsphase angesparte Wertguthaben wird also in der Freistellungsphase ausgeglichen. Für die Bemessung der Altersteilzeitvergütung während der Freistellungsphase ist grundsätzlich dieselbe tarifliche Vergütungsgruppe zu Grunde zu legen, nach der während der Arbeitsphase die Vergütung bemessen worden ist.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 4. Oktober 2005 – 9 AZR 449/04**

**Mobbing****Einigungsstelle kann zuständig sein**

Betriebliche Regelungen zum Thema Mobbing können zu den Mitbestimmungsrechten des Paragraphen 87 Betriebsverfassungsgesetz gehören. Insofern ist eine Einigungsstelle bei angestrebter Betriebsvereinbarung zum Thema Mobbing nicht offensichtlich unzuständig.

**Landesarbeitsgericht München,  
Beschluss vom 20. Oktober 2005 – 4 TaBV 61/05**

**Gesamtbetriebsrat****Kann auch Wahlvorstand bestellen**

Wenn der Restbetriebsrat keinen Wahlvorstand bestellt, obwohl nach Eintreten sämtlicher Ersatzmitglieder genügend Betriebsratsmitglieder vorhanden sind, kann der Gesamtbetriebsrat den Wahlvorstand bestellen. Ist der Wahlvorstand auf diesem Wege zustande gekommen, ist die Wahl weder anfechtbar noch nichtig.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 8. Dezember 2005 – 9 TaBV 88/05**

**Lehrereingruppierung****Entsprechend der Lehrbefähigung**

Wird eine Lehrerin, die eine Lehrbefähigung für Gymnasien besitzt, in einer Haupt- und Realschule eingesetzt, so handelt es sich dabei nicht um eine – ihrer Befähigung entsprechende – Verwendung im Sinne der Berufsbesoldungsordnung.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 14. September 2005 – 4 AZR 111/04**

**Christliche Gewerkschaft Metall****Ist eine Gewerkschaft**

Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) ist eine tariffähige Gewerkschaft. Sie erfüllt die hierfür erforderlichen Voraussetzungen. Insbesondere besitzt sie die nach der Rechtsprechung notwendige Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Arbeitgeberseite.

**Bundesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 28. März 2006 – 1 ABR 58/04**

**Betriebsvereinbarung****Verfallfristen sind zu beachten**

Für die in einer Betriebsvereinbarung garantierten Ansprüche sind so genannte Verfallsklauseln zulässig.

Der Fall: Laut einer Betriebsvereinbarung ist bei ununterbrochener Betriebszugehörigkeit von 25 Jahren ein Jubiläumsgeld in Höhe eines Monatsverdienstes zu zahlen. Alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, die nicht auf Tarifvertrag beruhen, sind nach Fälligkeit innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten schriftlich geltend zu machen. Der Arbeitnehmer hatte im Mai 2002 sein 25jähriges Jubiläum. Im April des darauffolgenden Jahres forderte er die Zahlung des Jubiläumsgeldes. Als dies abgelehnt wurde, erhob er Klage mit der Begründung, er habe erst im Laufe des Jahres 2003 davon Kenntnis erlangt, dass ihm ein Anspruch auf Jubiläumsgeld zustehe. Von Fristen sei ihm nichts bekannt gewesen, insbesondere habe der Arbeitgeber ihn hiervon nicht in Kenntnis gesetzt. Die Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Anspruch ist verfallen. Fällig war der Anspruch mit Ablauf des Monats Mai 2002. Der Arbeitnehmer hätte das Jubiläumsgeld also bis spätestens Ende August schriftlich geltend machen müssen. Die tatsächlich erfolgte schriftliche Geltendmachung im April 2003 ist damit verspätet. Die Ausschlussfrist ist wirksam; sie lief unabhängig davon, ob der Arbeitnehmer den ihm zustehenden Anspruch und die einzuhaltende Ausschlussfristen kannte. Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, den Arbeitnehmer auf das Bestehen hinzuweisen. Sowohl der Anspruch auf das Jubiläumsgeld als auch die Ausschlussfrist ergaben sich aus der Betriebsvereinbarung, die auch ohne Kenntnis des Arbeitnehmers unmittelbar und zwingend wirkt. Es war dem Arbeitnehmer zuzumuten, sich über geltende Betriebsvereinbarungen zu informieren.

**Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,  
Urteil vom 19. August 2004 – 4 Sa 473/04**

**Unfallversicherung****Feier ist zu Ende, wenn der Chef geht**

Bis zum offiziellen Ende einer betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung besteht Unfallversicherungsschutz. Ist dieser Zeitpunkt nicht bestimmt, können die Teilnehmer von der Fortdauer der Veranstaltung ausgehen, solange der Vorgesetzte anwesend ist.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Angestellter der Stadtverwaltung, nahm an einer Weihnachtsfeier teil, die vom städtischen Kultur- und Sportamt organisiert war. Der Amtsleiter, der die Feier genehmigt hatte, nahm an ihr auch teil. Gegen 1:20 Uhr hatten die meisten Veranstaltungsteilnehmer die Feier verlassen, anwesend waren nur noch der Angestellte und der Amtsleiter. Gegen 3:15 Uhr kam der Angestellte auf der zur Toilette führenden Treppe alkoholisiert zu Fall und verletzte sich schwer. Die Unfallkasse lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Im Zeitpunkt des Unfalls stand der Arbeitnehmer noch unter dem Schutz der Unfallversicherung, denn die Weihnachtsfeier war zu diesem Zeitpunkt noch nicht beendet. Deshalb soll ein Mitarbeiter davon ausgehen, eine Feier sei zu Ende, wenn selbst der Verantwortliche, der das Fest beenden müsste, noch anwesend ist?

**Sozialgericht Frankfurt/IM.,  
Urteil vom 24. Januar 2006 – S 10 U 2623/03**